Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 15 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206** — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 195 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 23. August 1939

Der Wendepunkt

Man kann es begreifen, wenn in den Hauptstädten der Einkreisungsmächte Bestürzung und Entsetzen herrschen über die kurze, aber eindeutige Nachricht, die von Berlin und Moskau über den bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffspaktes ausgegeben worden ist. Es sind nicht viel Worte gemacht worden. Die Tatsache ist kurz festgestellt und die Reise des Reichsaußenministers angekündigt worden. Das ist nationalsozialistische Politik. Nicht Reden, sondern Taten.

In London, Paris und in Warschau beschäftigte man sich in den letzten Tagen nur mit den außerordentlichen Spannungen, denen die europäische Atmosphäre durch die fortgesetzten polnischen Provokationen und die stündlich verstärkten Kriegsdrohungen ausgesetzt ist. Die Presse der Einkreisungsmächte beschäftigte sich mit der Frage der Unterstützung Polens und beliebte dabei einen Ton gegenüber den Achsenmächten anzuschlagen, der einer offenen Drohung gleichkam. Die Einkreiser fühlten sich ganz Herren der Lage und glaubten, es sich selbst schuldig zu sein, daß sie Deutschland und Italien ernstlich verwarnten, ihre Schützlinge, die lieben und harmlosen Polen aber, als Menschen mit Engelsgeduld und lammfromme Geschöpfe hinstellten. Dieses ganze verlogene Spiel der Demokratien ist mit einem Schlage zertrümmert worden. Man sieht sich im Lager der Einkreiser plötzlich einer völlig neuen Lage gegenüber, und die Presse der Demokratien trifft durchaus das Richtige, wenn sie von einer entscheidenden Wendung spricht.

Die schöne Rechnung, die man in London und Paris aufmachte, wurde durchkreuzt, und das Peinliche dabei ist, daß man sich in London namentlich sagen muß: Seit Monaten hat Mister Strang in Moskau verhandelt, hat Angebote gemacht, Zugeständnisse und Kompromisse, hat Vorschläge entgegengenommen, sie nach London gekabelt, sich von dort wieder Instruktionen geholt, hat neue Vorschläge gemacht und ist dann schließlich nach London zurückgekehrt mit leeren Händen. Dann hat man eine englisch-französische Militärmission nach Moskau geschickt, weil man plötzlich größeren Wert auf militärische Abmachungen mit Moskau legte, und glaubte, die politische Einigung werde ganz von selbst erfolgen. Die Militärmission nahm ein ganzes Schiff ein, rückte in großer Aufmachung in Moskau an und verhandelte seitdem. Erst vier Stunden täglich, dann wurden es drei oder zwei, dann setzte man für ein paar Tage aus, und eines schönen Tages fuhr wie ein Blitz aus heiterm Himmel die Einigung Berlin—Moskau dazwischen.

Wenn sich Deutschland und Sowjetrußland miteinander gefunden haben, so ist das durchaus keine Absonderlichkeit. Die Geschichte des 19. Jahrhunderts belehrt uns darüber, daß beide Staaten sich oft beigestanden haben, und der Kanzler des Zweiten Reiches, Fürst Bismarck, hat ein gutes Verhältnis zu Rußland immer als die Stütze seiner Außenpolitik betrachtet. Der Krieg und seine Folgen haben dann die beiden großen politischen Faktoren Europas, die Deutschland und Rußland nun einmal sind und immer bleiben werden, voneinander getrennt. Ein schwaches Deutschland, wie das Deutschland der Systemzeit, konnte den Russen nichts bedeuten. Anders war es, als dieses Deutschland sich nach 1933 frei machte von den Fesseln von Versailles und seinen großen Aufstieg begann. Zunächst fand man sich auf wirtschaftlichem Gebiete, aber die Beziehungen wurden getrübt, obwohl beide Länder wirtschaftlich sich wie kaum zwei andere Staaten ergänzen. Der Handel ging namentlich von 1937 auf 1938 erheblich zurück. Das Abkommen vom 19. August hat nunmehr die wirtschaftliche Ordnung zwischen Sowjetrußland und Deutschland wiederhergestellt. Aufbauend auf dem gegenseitigen Ergänzungsverhältnis wird sich künftig zwischen beiden Staaten ein Wirtschaftsverkehr entwickeln, der auf beiden Seiten begrüßt wird.

Schon nach Abschluß des Wirtschaftsabkommens schrieben die Moskauer Blätter, daß dadurch auch die politischen Beziehungen verbessert würden, und in der Stellungnahme der „Prawda" zu der bevorstehenden Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes kommt deutlich zum Ausdruck, daß es auch Moskaus Wunsch war, zu einer Einigung zu kommen, das Spannungsmoment aus den politischen Beziehungen zu entfernen und die drohende Kriegsgefahr zu beseitigen.

Wenn in England die Bestürzung besonders groß ist, so wird man sich dort hoffentlich sagen, daß man eine große Chance verspielt hat. Daß man aber die deutschen Rechtsansprüche mit Herausforderungen und Drohungen beantwortet, ist, das sollte man in London längst erkannt haben, nicht die rechte Methode, um mit dem nationalsozialistischen Deutschland ins reine zu kommen. Man wird sich darüber klar werden müssen, daß sich das Deutschland von heute nicht mit den alten diplomatischen Methoden, wie sie in London immer noch gepflegt werden, einfangen läßt. Denn Adolf Hitler ist Realpolitiker und sieht die Dinge an, wie sie sind, und nicht, wie andere sie sehen möchten.

Volksgenossen, leistet Erntehilfe!

Unerträgliche Lage der Deutschen in Polen

Entlassen, verhaftet, mißhandelt . . .

Der polnische Chauvinismus tobt unentwegt

Die Lage der Volksdeutschen in Polen wird stündlich unerträglicher. Nachdem die polnischen Behörden die Massenentlassungen volksdeutscher Arbeiter und Angestellter veranlaßt haben, werden nunmehr auch die Angehörigen der freien Berufe an der Ausübung ihrer Praxis verhindert. Sämtliche wirtschaftlichen Deutschtumsorganisationen sind ausnahmslos aufgelöst. Führung und Kapital sind in polnische Hände übergegangen. Keine deutsche Genossenschaft und kein deutscher Verein ist mehr vorhanden. Die Auflösung erfolgte meist in drakonischer Form.

In einem Dorf in der Nähe von Lodz wurden die Mitglieder des Vorstandes der deutschen Genossenschaft verhaftet und beim Polizeiverhör solange von den Polizisten geschlagen, bis sie zusammenbrachen. So sehen die Methoden der polnischen Behörden aus, die die Presse der Warschauer Regierung als „freiwillige" Auflösungen der Deutschtumsorganisationen bezeichnet.

Aus dem rein deutschen Ort Nowa Ziemn bei Lodz wurden alle 655 volksdeutschen Bewohner von Haus und Hof vertrieben, ihre Häuser zerstört und die Erntevorräte angezündet.

Wer in Bielitz auf der Straße deutsch spricht, wird niedergeschlagen. Allen deutschen Wirten sind die Konzessionen entzogen. Die Hausdurchsuchungen halten an. Wer im Besitz auch von nur geringem Hartgeld betroffen wird, wird verhaftet und sein Besitz wird beschlagnahmt.

Es gibt in Polen für das deutsche Volkstum keinerlei Rechtsschutz mehr. Der Kündigungsschutz für deutsche Arbeiter und Angestellte ist praktisch aufgehoben. Da das Geld der Arbeitslosenversicherung aufgebraucht ist, sind die Entlassenen dem Hunger preisgegeben. Das polnische Militär ist nunmehr dazu übergegangen, zahlreiche entlassene Deutsche zwangsmäßig zu Schanzarbeiten einzuziehen. Kein Deutscher findet mehr Aufnahme im Krankenhaus.

Es sind Fälle bekanntgeworden, in denen polnische Aerzte bewußt Fehlbehandlungen vorgenommen haben. Die Erbitterung unter den Volksdeutschen steigert sich von Stunde zu Stunde.

Aus vielen Ortschaften Ostoberschlesiens kommen weitere Meldungen über Verwüstungen, die polnische Aufständische in den Wohnungen geflüchteter deutscher Familien anrichteten.

Bewaffnete Polen in Danzig

Ein Machwerk polnischer Zollinspektoren

Die Danziger Polizei hat eine umfangreiche heimliche Bewaffnung von in Danzig lebenden Polen, namentlich von Eisenbahnern, aufgedeckt. Dabei stellte es sich heraus, daß es auch in diesem Falle wieder polnische Zollinspektoren gewesen sind, die ihre Stellung zu dieser außerordentlich schwerwiegenden, gegen die Sicherheit Danzigs gerichteten Maßnahme ausgenutzt haben.

Bei einer aus einem anderen Grunde erfolgten Verhaftung des polnischen Krankenwärters Karzewski in Danzig wurde bei diesem eine Pistole gefunden, über deren Besitz der Pole zunächst ausweichende Angaben machte. Dann jedoch bequemte er sich zu einer eingehenden Darstellung. Danach hat der polnische Zollinspektor Poschmann zusammen mit weiteren Zollinspektoren an im Gebiet der Freien Stadt Danzig lebende Polen Waffen ausgegeben. Poschmann äußerte sich Karzewski gegenüber, daß alle für Terroraktionen in Frage kommenden Polen in Danzig mit Waffen versehen werden sollten,

da man — wenn es in Danzig losgehe, jeden Mann brauche, um die Bevölkerung unter Terror zu setzen.

Karzewski stellte bei der Aushändigung der Waffe fest, daß Poschmann einen ganzen Koffer voll Pistolen und Munitionsstreifen neben seinem Tisch stehen hatte. Karzewski konnte weiter feststellen, daß Poschmann in seiner Wohnung sehr häufig von polnischen Eisenbahnern aufgesucht wurde, die zweifellos gleich Karzewski mit Waffen ausgerüstet wurden. Die mit Waffen versehenen Polen erhielten genaue Anweisungen über die Art ihres Einsatzes bei Terrorhandlungen. Den ausgewählten polnischen Revolverhelden wurde spätere Belohnung durch den polnischen Staat zugesichert.

Es ist klar, daß schon die Bewaffnung auch nur einer verhältnismäßig geringen Anzahl brutaler und verhetzter Männer genügt, um unabsehbaren Schaden anzurichten.

Durch die Beteiligung der polnischen Zollinspektoren an dieser illegalen Waffenverteilung ist die polnische Regierung selbst aufs schwerste kompromittiert. Immer wieder ist die Warschauer Regierung auf die illegale Tätigkeit dieser Zollinspektoren hingewiesen worden. Die Tätigkeit dieser Männer fällt also auf die verantwortlichen Warschauer Stellen selbst zurück. Danzig kann dem unverantwortlichen Treiben polnischer Provokateure nicht ruhig zusehen.

Harter Schlag für die Einkreiser

Die Welt von der Einigung Berlin—Moskau überrascht — Bestürzung in London, Paris, New York und Warschau — Zustimmung in Moskau

Die Meldung von dem bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Rußland hat in den Einkreisungsstaaten wie eine Bombe eingeschlagen. In London brachte das Reuterbüro ein Extrablatt heraus, und die Blätter berichten mit großen Schlagzeilen über die Einigung zwischen Berlin und Moskau. Einige wollten, da ihnen die Moskauer Meldung noch nicht vorlag, die Nachricht aus Deutschland gar nicht glauben. In Paris verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer. Man ist sich im allgemeinen darüber klar, daß die internationale Spannung überraschend eine völlig neue Wendung erfahren hat. So sieht man auch die Lage in New York an.

Bezeichnend ist, daß die polnische Presse ihren Lesern diesen harten Schlag möglichst ersparen möchte. Sie beschränkt sich daher darauf, den bevorstehenden Pakt und die Reise des Außenministers nach Moskau auf der zweiten Seite ohne Kommentare zu bringen.

Die sowjetrussischen Zeitungen veröffentlichen die Mitteilung in großer Aufmachung auf den ersten Seiten. „Nach Abschluß des sowjetisch-deutschen Handels-Kreditabkommens", so heißt es wörtlich, „entstand die Frage über die Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Der dieser Frage gewidmete Meinungsaustausch zwischen den Regierungen Deutschlands und der Sowjetunion zeigte den beiderseitigen Wunsch, die Gespanntheit der gegenseitigen politischen Beziehungen zu lösen, die Gefahr eines gegenseitigen Krieges zu beseitigen und einen Nichtangriffspakt abzuschließen."

Reichsaußenminister v. Ribbentrop nach Moskau abgeflogen

Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop verließ Dienstag abend gegen 21 Uhr mit dem Condor-Flugzeug „Grenzmark" die Reichshauptstadt, um sich nach Moskau zu begeben. Der Reichsaußenminister wird in Königsberg zwischenlanden und den Flug am Mittwoch fortsetzen. In seiner Begleitung befinden sich Unterstaatssekretär Gauß, der Chef des Protokolls Gesandter von Doernberg, Gesandter Schmidt, die Vortragenden Legationsräte Schnurre und Hencke sowie die Mitglieder des persönlichen Stabes.

Zwischenlandung von Ribbentrops in Königsberg

DNB. Königsberg, 23. August. Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, traf auf seinem Fluge nach Moskau mit den Herren seiner Begleitung mit dem Sonderflugzeug „Grenzmark" am Dienstag gegen 23.30 Uhr auf dem Flugplatz Königsberg ein. Der Reichsminister begab sich anschließend in das Park-Hotel.

Fiasko der englisch-französischen Garanten

Italien zur Einigung Berlin—Moskau

Der bevorstehende Abschluß des Nichtangriffspakts mit Moskau wird in den italienischen Blättern als „Blitz aus heiterem Himmel" bezeichnet, der die Pläne der sogenannten Demokratien über den Haufen wirft und vor allem einen schweren Schlag für Polen darstelle.

Die Nachricht habe in London, wie der dortige Vertreter des „Giornale d'Italia" unterstreicht, große Bestürzung hervorgerufen. Sie stelle in der Tat den Umsturz einer politischen und strategischen Lage dar, auf die die französisch-englische Diplomatie allzu früh spekuliert hatte, um gegenüber den deutschen Forderungen eine intransigente Haltung einzunehmen und die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der Danziger Frage zurückzuweisen. Auch in Paris sei man, wie der dortige Korrespondent des gleichen Blattes hervorhebt, zu der Feststellung gekommen, daß die Einkreisungsmächte einen schweren Schlag erlitten hätten, von dem sie sich nicht so leicht erholen würden. Am stärksten sei aber der Pessimismus in Warschau, wo bereits das deutsch-sowjetrussische Wirtschaftsabkommen tiefen Eindruck gemacht habe.

Die polnische Regierung werde, wie der Warschauer Vertreter der Agenzia Stefani betont, sicherlich die neue Lage sehr aufmerksam prüfen müssen. An den diplomatischen